

BLITZ-BRIEFING: AMPEL-PLÄNE ZUM STAATSANGEHÖRIGKEITSRECHT

Leitungs- und Planungsstab des Fraktionsvorsitzenden, 24. Mai 2023

I. Sachverhalt

Die Ampel-Bundesregierung hat einen Referentenentwurf zur Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts vorgelegt. Im Kern will sie die Anforderungen zur Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft deutlich absenken. Die wesentlichen Punkte umfassen:

- **Änderungen bei den Anforderungen an die eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts:** Künftig soll gelten: Die betreffende Person muss zwar in Vollzeit erwerbstätig sein und dies innerhalb der letzten 24 Monate mindestens 20 Monate lang gewesen sein. Eine Aufstockung mit Sozialleistungen wird hier jedoch anerkannt. Bei Ehegatten/eingetragenen Lebenspartnern, die mit diesen Personen und einem minderjährigen Kind in familiärer Gemeinschaft lebt, soll es gar nicht auf die eigene Lebensunterhaltssicherung ankommen.
- **Verkürzung der Mindestaufenthaltszeit** bis zur Antragstellung auf die deutsche Staatsbürgerschaft auf in der Regel 5 Jahre (bisher 8). Bei „besonderen Integrationsleistungen“ soll sich der Zeitraum auf 3 Jahre verkürzen (bisher 6).
- **Deutschkenntnisse:** Wenn „trotz ernsthafter und nachhaltiger Bemühungen“ der Erwerb ausreichender Sprachkenntnisse „nicht möglich oder dauerhaft wesentlich erschwert“ ist, dann wird auf schriftliche Deutschkenntnisse und den Einbürgerungstest verzichtet.
- **Ersetzung des Erfordernisses „Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse“** durch zwei definierte Ausschluss-Fälle: Wenn der ausländische Staatsangehörige gleichzeitig mit mehreren Ehegatten verheiratet ist oder „durch sein Verhalten [zeigt], dass er die im Grundgesetz festgelegte Gleichberechtigung von Mann und Frau missachtet“.
- **Generelles Zulassen des Doppelpasses** und Abschaffung der Optionspflicht.

II. Unsere Position

Wir freuen uns, wenn Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit nach gelungener Integration eingebürgert werden möchten. Bei erfolgreicher

Integration ist geregelte Zuwanderung eine große Bereicherung für Deutschland. Der Gesetzentwurf der Ampel-Regierung genügt diesem Anspruch – Einbürgerung als Ergebnis gelungener Integration – jedoch nicht.

Insbesondere folgende Punkte sehen wir kritisch:

- Die Änderungen bei der Lebensunterhaltssicherung verringern zum Teil den Anreiz zur Arbeit. Wir sind der Überzeugung: Arbeit ist ein entscheidender Faktor für die erfolgreiche Integration und das „Ankommen“ in Deutschland.
- Die Verkürzung der Mindestaufenthaltszeit sehen wir kritisch. Die deutsche Staatsbürgerschaft ist ein wichtiger Integrationsanreiz. Echte Integration braucht Zeit. Die Einbürgerung sollte erst am Ende eines Integrationsprozesses geschehen. Mit den derzeitigen Fristen (grundsätzlich 8 Jahre, bei besonderen Integrationsleistungen 6 Jahre) besteht ein angemessener Zeitrahmen.
- Den generellen Doppelpass sehen wir kritisch. Zwar verstehen wir sehr gut, wenn Menschen aufgrund ihrer Herkunft Bindungen an mehrere Staaten haben und diese Bindung auch in Form einer weiteren Staatsangehörigkeit bewahren möchten. Dennoch sind wir überzeugt, dass in der Abwägung die Nachteile überwiegen. Der Doppelpass verstärkt die politischen Einflussmöglichkeiten ausländischer Staaten in Deutschland, verkürzt den diplomatischen Schutz für Deutsche im Ausland (z.B. Fall Deniz Yücel) und ist auch in der EU ein Problem, weil faktisch ein mehrfaches Wahlrecht entsteht. Zudem gibt es bereits zahlreiche Ausnahmen (z.B. für EU-Bürger, anerkannte Flüchtlinge oder wenn der Herkunftsstaat nicht aus der Staatsangehörigkeit entlässt).

III. Sprachregelung

Die Einbürgerung ist Ergebnis und nicht Beginn gelungener Integration. Wir freuen uns, wenn Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit nach gelungener Integration Deutsche werden möchten. Der Gesetzentwurf der Ampel genügt diesem Anspruch – Einbürgerung als Ergebnis gelungener Integration – jedoch nicht.

Eine volle Aufnahme von Arbeit ohne Inanspruchnahme von Sozialleistungen muss auf dem Weg zur Staatsangehörigkeit die Regel bleiben und darf nicht zur Ausnahme werden.

Darüber hinaus lehnen wir die Verkürzung der Mindestaufenthaltszeit ab. Die deutsche Staatsbürgerschaft ist ein sehr wichtiger Integrationsanreiz. Echte Integration braucht Zeit.

Falls Rückfragen bestehen oder Sie in den E-Mailverteiler des Blitz-Briefings aufgenommen werden möchten, schreiben Sie gerne eine E-Mail an blitzbriefing@cducsu.de.